

WSI-Verteilungsbericht 2009

## Reflex der Krise

Auf den ersten Blick scheinen die Zahlen positiv: Erstmals seit mehreren Jahren ist die Bruttolohnquote, also der Anteil der Löhne am Volkseinkommen, deutlich gestiegen – von 65 auf gut 68 Prozent. Gleichzeitig sank die Bruttogewinnquote (Anteil der Einkommen aus Gewinn und Vermögen) um vier Prozentpunkte auf 32 Prozent, wie der Verteilungsbericht 2009 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) zeigt.

„Mit steigendem Wohlstand der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat das aber nichts zu tun“, betont WSI-Leiter Claus Schäfer. Es handele sich dabei um einen „rechnerischen Reflex“ der Krise. Der wirtschaftliche Einbruch habe als erstes die boomenden Vermögens- und Gewinneinkommen getroffen. Allerdings brachen nach Anrechnung von Steuern und Abgaben auch die Einkünfte der ArbeitnehmerInnen ein – um mehr als drei Milliarden Euro, so der Verteilungsbericht.

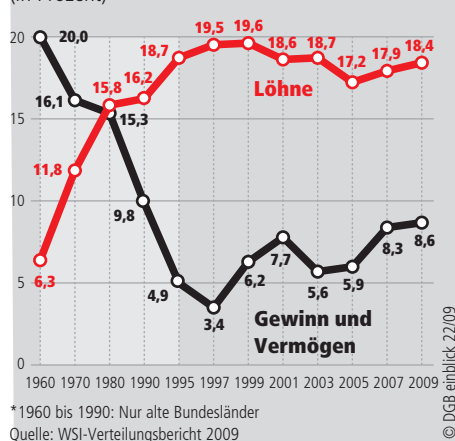
Gleichzeitig zahlten die Vermögenden wesentlich weniger Steu-

ern, weil ihre Einnahmen geringer ausfielen. „Zudem wissen wir, dass viele Unternehmen ihre Rendite und ihr Eigenkapital im vergangenen Aufschwung kräftig aufstocken konnten“, erläutert Schäfer. Diese ungleichen Voraussetzungen würden in Kombination mit weiteren Krisenfolgen, wie Lohneinbußen durch Kurzarbeit, aufgeschobene Tarifierhöhungen, Verdrängung von Vollzeit- durch Teilzeitarbeit und einer steigenden Arbeitslosigkeit, zunehmend Druck auf die Lohn-einkommen ausüben und sich in fehlender Nachfrage niederschlagen, prognostiziert Schäfer.

Kritisch beurteilen die Verteilungsforscher die steuerpolitischen Pläne der Bundesregierung. Die Erhöhung der Kinderfreibeträge oder die für 2011 angekündigte Einkommenssteuersenkung entlasteten vor allem Haushalte mit höherem Einkommen, obwohl diese

### Verkehrte Welt

Steuerbelastung von Löhnen beziehungsweise Gewinn- und Vermögenseinkommen 1960 bis 2009 (in Prozent)\*



\* 1960 bis 1990: Nur alte Bundesländer  
Quelle: WSI-Verteilungsbericht 2009

Seit den 1980er Jahren klafft die Steuerschere weit auseinander.

das zusätzliche Geld eher sparten als zu konsumieren. Unterstützt wird dieses Argument vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Dieser hatte ebenfalls festgestellt, dass Steuerentlastungen schon in der Vergangenheit nicht die erhofften Wachstumsimpulse gezeigt haben. Für die Gewerkschaften ist das Ergebnis des WSI-Verteilungsbericht 2009 einmal mehr Anlass zur Kritik an der auseinanderklaffenden Schere zwischen Lohn- und Kapitaleinkünften. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki kritisiert die anhaltend ungleiche Besteuerung von Löhnen einerseits und Gewinnen und Vermögen andererseits: „Die wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt in Deutschland und schwächt die Binnennachfrage“, betont er. Diese Entwicklung müsse politisch gestoppt werden, „indem über Mindestlöhne und eine sozial gerechte Steuerpolitik Menschen mit geringem Einkommen gestärkt und die Reichen zu Kasse gebeten werden“, fordert Matecki. •

## plusminusBERLIN

**+ Dieter Engels, Präsident des Bundesrechnungshofs, kritisiert Ausgaben der Bundeswehr in dreifacher Millionenhöhe für die seit 1988 laufende, jetzt aber gescheiterte Entwicklung einer Kampfdrohne. Dieter Engels' Bewertungen zum entsprechenden Studienvertrag: „Überflüssig“ und „unnötig“.**

**- Joachim Herrmann (CSU), bayerischer Innenminister, will keine „permanente Zuwanderung aus dem Ausland in unsere Sozialsystem“. Es könne nicht sein, dass Flüchtlinge ins Land kommen, „nur um dann von unserer Sozialhilfe zu leben“. „Tüchtige Leute“ wie Profi-Fußballspieler seien hingegen willkommen.**

## inhalt

Seite 3

### Europa 2010

**Impulse für das soziale Europa, Sicherung der Mitbestimmung: Die Erwartungen an die spanische EU-Ratspräsidentschaft sind groß**

Seite 5

### Wechsel in fünf Bezirken

**Im Vorfeld des DGB-Bundeskongresses 2010 laufen derzeit die Organisationswahlen in Regionen und Bezirken. In fünf Bezirken wird es einen Wechsel an der Spitze geben**

Seite 7

### Baustelle Entgeltgleichheit

**Das Problembewusstsein über die ungerechte Bezahlung von Frauen ist größer denn je. Doch was wird gegen Entgeltungleichheit getan? Karin Tondorf liefert eine Bestandsaufnahme**



**Der Surf-Tipp fürs Internet**

[www.europeansforfinancialreform.org](http://www.europeansforfinancialreform.org)  
Europaweite Initiative zur Regulierung der Finanzmärkte

**Hintergrund**

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)  
WSI-Verteilungsbericht 2009

Altersarmut

## Selbstständige massiv betroffen

Der Sozialbeirat der Bundesregierung warnt in seinem aktuellen Gutachten zum Rentenversicherungsbericht 2009 vor drohender Altersarmut unter Selbstständigen. Die Rentenversicherungsträger gehen laut Gutachten davon aus, dass zwei bis drei Millionen Selbstständige ohne obligatorische Alterssicherung sind. Der Sozialbeirat warnt zudem davor, Selbstständigkeit immer noch mit „wirtschaftlicher Unabhängigkeit“ gleichzusetzen. Der Anteil Selbstständiger mit einem Nettoeinkommen von monatlich weniger als 1100 Euro sei seit 1995 von 24 auf 32 Prozent gestiegen. Die RentenexpertInnen empfehlen deshalb eine Versicherungspflicht wie in anderen Ländern Europas. • [www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

Europäische Finanzaufsicht

## Mit Schlagkraft

DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki hat sich für eine „entschieden strengere Regulierung der Finanzmärkte“ ausgesprochen. Kritik

äußerte er an den Vorschlägen der EU-Kommission, eine Aufsichtsbehörde mit dezentralen Strukturen aufzubauen. Diese Pläne beruhen auf einer falschen Analyse der Krise und seien als Antwort auf grundsätzliche Fehlentwicklungen unzureichend, so Matecki. „Um eine erneute Fehlentwicklung zu verhindern, brauchen wir eine funktionsfähige, schlagkräftige europäische Aufsichtsbehörde mit umfassenden Regulierungsbefugnissen.“ •

BAföG

## Bildungschancen verbessern

DGB und Deutsches Studentenwerk (DSW) haben gemeinsame Eckpunkte für eine Weiterentwicklung des BAföG vorgelegt. „Die Verbesserung von Bildungschancen muss zentrale Aufgabe der neuen Bundesregierung sein“, heißt es im Papier der beiden Verbände. Deshalb begrüßen DGB und DSW die Ankündigung von Schwarz-Gelb, die BAföG-Sätze zum 1. Oktober 2010 zu erhöhen.

Die Eckpunkte enthalten unter anderem die Forderung nach einer Erhöhung der Bedarfssätze um drei bis vier Prozent sowie nach einer

Landesarbeitsgericht Berlin

## CGZP nicht tariffähig

Die Tarifgemeinschaft Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) aus mehreren Gewerkschaften des Christlichen Gewerkschaftsbunds ist nicht tariffähig – das hat das Landesarbeitsgericht Berlin entschieden. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki begrüßte den Richterspruch: „Damit fühlen wir uns in unserer Auffassung bestätigt, dass die CGZP über Jahre hinweg reine Gefällig-

keitstarifverträge abgeschlossen hat.“ Bei der CGZP handele es sich damit nicht um eine Gewerkschaft, sondern um eine Vereinigung, die Dumpinglöhne befördert, so Matecki. Die neue Bundesregierung stehe in der Pflicht, „die Umsetzung eines Mindestlohns in der Zeitarbeit zu ermöglichen, die bislang mit Rücksichtnahme auf die CGZP vereitelt wurde“, forderte er. •

Hartz IV

## Kinderzuschlag ausbauen

Der DGB hat ein umfassendes Konzept vorgelegt, wie der Kinderzuschlag weiterentwickelt und ausgebaut werden könnte. Der im Zuge der Hartz-Reformen eingeführte Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz soll gezielt gering verdienende Familien fördern und ihnen möglichst den Bezug von Arbeitslosengeld II ersparen. Der DGB schlägt jetzt unter anderem vor, den maximalen Kinderzuschlag von derzeit 140 Euro auf 200 Euro anzuheben und „Steigerungsbeträge“ für ältere Kinder einzuführen. • [www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

Anhebung der BAföG-Freibeträge um mindestens vier bis fünf Prozent. Die höheren Freibeträge sollen dafür sorgen, dass wieder mehr Studierende in den Kreis der Geförderten kommen können – vor allem aus der unteren Mittelschicht. „Das BAföG trocknet aus, wenn die Bundesregierung nicht schleunigst Bedarfssätze und Freibeträge deutlich anhebt“, so die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Außerdem wollen DGB und DSW das BAföG „Bologna-kompatibel“ gestalten, also eine kontinuierliche Förderung bis zum Master-Abschluss sicherstellen. • [www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

## Ein absolutes Novum



Foto: Allianz SE

„Zum allerersten Mal erhält ein britischer Arbeitnehmer einen Sitz im Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft“, meldeten 2006 britische Gewerkschaftsmedien. Gemeint war **Geoff Hayward** von der Gewerkschaft „Amicus“ (heute: „Unite“). Das Zitat zeigt: Was in Deutschland in der Unternehmensmitbestimmung längst etabliert ist, ist in anderen Ländern ein absolutes Novum.

Der gelernte Maschinenbauer Hayward arbeitete zunächst für das Eisenbahnunternehmen British Rail und wechselte dann als Schadenssachverständiger zur Allianz-Tochter „Allianz Cornhill Engineering“, wo er als Amicus-Vertreter tätig wurde. Später wurde er Mitglied des Europäischen Betriebsrats der Allianz und ist heute stellvertretender Vorsitzender des SE-Betriebsrats des Versicherungskonzerns.

Als die Allianz 2006 als erstes deutsches Unternehmen zur Europäischen Aktiengesellschaft (SE) umfirmierte, vereinbarten die Gewerkschaften, dass die Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat eine „europäische Zusammensetzung“ erhält – ein bis dahin einmaliger Fall. Neben Hayward sitzen nun auch deutsche und französische ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat der **Allianz SE** – ein Beispiel für die europäische Verbreitung des deutschen Mitbestimmungsmodells. Wie er diese Mitbestimmung erlebt, beschreibt Geoff Hayward als „Aufsichtsrat des Monats“ im Dezember in unserem Fragebogen: [www.dgb.de/aufrichtsrat](http://www.dgb.de/aufrichtsrat)



Aufsichtsrat des Monats

ILO

## 20 Millionen Jobs weg

Eine aktuelle Studie der Internationalen Arbeitsorganisation ILO beziffert die Zahl der im Verlauf der Krise seit dem Frühjahr 2008 abgebauten Arbeitsplätze weltweit auf 20 Millionen – davon knapp über sechs Millionen in der Europäischen Union. Die ILO schätzt außerdem, dass die Arbeitslosenquote in den Industrieländern erst 2013 wieder auf ein Niveau wie vor der Krise gesenkt werden könne. • [www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

Europa 2010

## Krise trifft Jugend

Auch 2010 steht die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise und ihrer Folgen für die Arbeitsmärkte im Mittelpunkt der europäischen Politik. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) entwickelt zurzeit Strategien, um für Investitionen in das soziale Europa und eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte zu mobilisieren.

Europawahlen, Lissabon-Vertrag, eine neue EU-Kommission: Ein turbulentes Europajahr geht zu Ende. Das nächste Jahr verspricht, nicht weniger aufregend zu werden. So will die EU – analog zur Lissabon-Strategie – ihre Ziele für das Jahr 2020 beschließen. Und nach wie vor reichen die von der EU und den Mitgliedstaaten getroffenen Maßnahmen zur Krisenbewältigung nicht aus, um zu verhindern, dass

allem Männer, junge Menschen, Geringqualifizierte und prekär Beschäftigte.

Aus Sicht der Gewerkschaften ist die Bilanz 2009 zwiespältig: Einerseits haben die Wahlen zum EU-Parlament konservative, rechte und liberale Kräfte gestärkt; auch die neue EU-Kommission ist mehrheitlich liberal-konservativ besetzt. Andererseits ist endlich der Lissabon-Vertrag in Kraft ge-

Beschäftigung mit sozialen Themen einzufordern.

Die europäischen Gewerkschaften haben mit ihren Aktionstagen im Mai 2009 bewiesen, dass sie in der Lage sind, Hunderttausende für das soziale Europa zu mobilisieren. Auch 2010 will der EGB mit Aktionen Druck für die gewerkschaftlichen Forderungen zur Krisenbewältigung machen. Derzeit erarbeitet eine Arbeitsgruppe des EGB einen Strategieplan.

Ganz oben auf dem gewerkschaftlichen Forderungskatalog steht nach wie vor eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen. Ein weiteres vorrangiges Ziel des DGB bleibe die Sicherung der Mitbestimmung, sagt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Deshalb begrüße er, dass die Bundesregierung den Vorschlag der schwedischen Ratspräsidentschaft zur Europäischen Privatgesellschaft nicht unterstützt hat. Der schwedische Vorschlag hätte die Mitbestimmungsrechte in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten beschnitten und durchlöchert. Doch ein Grund zur Entwarnung sei das noch nicht. Die Verhandlungen gehen vielmehr weiter. „Auch die Vorstellungen der Bundesregierung reichen nicht, um die Mitbestimmung wirklich zu sichern“, erklärt Sommer. „Es muss verhindert werden, dass die neue Europa-GmbH zur Mitbestimmungsflucht einlädt.“

Am 1. Januar 2010 übernimmt Spanien die EU-Ratspräsidentschaft. Die Hoffnungen in den spanischen Ratsvorsitz sind groß – gehört doch Spanien zu den wenigen sozialdemokratisch geführten EU-Ländern. Spanische GewerkschafterInnen warnen davor, angesichts der großen Probleme des Landes die Erwartungen zu hoch zu setzen – ist doch Spanien einer der EU-Staaten, die von der Krise besonders betroffen sind. •

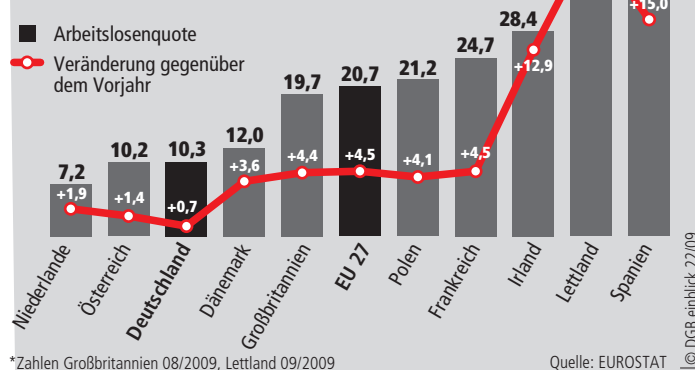
## EU-Dienstleistungsrichtlinie: Frist verlängern

**Bis Ende 2009 haben die Mitgliedstaaten Zeit, die 2006 beschlossene EU-Dienstleistungsrichtlinie in nationales Recht umzusetzen. Der DGB-Bundesvorstand hat jetzt die Bundesregierung aufgefordert, sich im EU-Ministerrat und bei der EU-Kommission für eine Fristverlängerung einzusetzen. In seiner Beurteilung des Umsetzungsprozesses auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene hat der DGB erhebliche Mängel ausgemacht, die vor allem zu einer „Rechtsunsicherheit bei Beschäftigten wie Unternehmen“ führten. Weder sei der Datenschutz ausreichend geregelt noch seien die Folgen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen hinlänglich geprüft.**

**Zudem gefährdet die Richtlinie die Rechte der nach Deutschland entsandten ArbeitnehmerInnen. Zwar soll das Arbeitnehmer-Entsendegesetz diese Beschäftigten vor Lohn- und Sozialdumping schützen, doch nur wenige Branchen fallen unter dieses Gesetz. Der DGB hat deshalb die Bundesregierung aufgefordert, Mindestlöhne für alle von der Dienstleistungsrichtlinie betroffenen Branchen zu schaffen. In den meisten anderen europäischen Ländern ist das nicht notwendig: Dort schützt ein gesetzlicher Mindestlohn die ArbeitnehmerInnen.**

### Jugendarbeitslosigkeit steigt dramatisch

Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten / Veränderung gegenüber dem Vorjahr (in Prozent), Oktober 2009\*



**Überall in Europa trifft die Krise vor allem junge Menschen besonders hart: Innerhalb eines Jahres ist europaweit die Jugendarbeitslosigkeit um 4,5 Prozent gestiegen – in Spanien ist mittlerweile fast jeder Zweite unter 25 arbeitslos. „Generation Null“ nennt Spaniens größte Tageszeitung „El País“ die jungen Spanier, weil sie „Null Arbeitschancen“ haben. Die europäischen Gewerkschaften sind sich einig: Die Krise darf die prekäre Arbeitsmarktsituation der jungen Menschen nicht noch weiter verschärfen. Deshalb hat die EGB-Exekutive Anfang Dezember beschlossen, bei den Aktivitäten in 2010 einen besonderen Schwerpunkt auf die Situation junger Menschen zu legen. So soll es unter anderem eine Veranstaltung zum Thema „Jugend und Krise“ in Amsterdam geben.**

die Lasten vor allem die ArbeitnehmerInnen tragen müssen. Das zeigt der Ende November veröffentlichte Bericht der EU „Beschäftigung in Europa 2009“: Die Beschäftigtenzahl ist seit Beginn der Krise um vier Millionen gesunken, mehr als 22 Millionen Menschen sind europaweit arbeitslos. Die Krise trifft vor

treten, der die EU handlungsfähiger und demokratischer macht. Die EU-Grundrechte-Charta ist nun rechtsverbindlich, und die neu geschaffene „Europäische Bürgerinitiative“ bietet neue Chancen, Themen auf die EU-Agenda zu setzen. Eine Million Unterstützer reichen, um von der EU etwa die

## Betriebsräte greifen zum „Boecken | Jousen“



### Teilzeit- und Befristungsgesetz

#### Handkommentar

Von RiOLG a.D. Prof. Dr. Winfried Boecken, LL.M. und Prof. Dr. Jacob Jousen

2. Auflage 2010, ca. 500 S., geb., ca. 59,- €, ISBN 978-3-8329-5168-9

Erscheint ca. Februar 2010

Der Handkommentar erläutert die Regelungen des TzBfG kompakt, präzise und praxisorientiert. In die 2. Auflage neu aufgenommen sind Kommentierungen zu §§ 15, 21 BEEG, § 81 SGB IX, zu den Bestimmungen des Gesetzes über befristete Arbeitsverträge mit Ärzten in der Weiterbildung, zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz sowie zu den Befristungsregelungen aus dem PflegeZG und dem TVöD. Damit sind alle Fragen im Zusammenhang mit Befristungssituationen abgedeckt.

»Das Werk ist als Arbeitsmaterial für Betriebs- und Personalräte, für Rechtsanwälte und Arbeitsrichter, für Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände unentbehrlich.« Berufsgenossenschaft Chemie, Dezember 2007



## Nomos

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter ► [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)

einblick 22/09

# PARTNER

Arbeitswelt

## Qualität zählt

Die Diskussion um die Qualität der Arbeit erlebt in letzter Zeit eine Renaissance. Diese Entwicklung möchten die Herausgeber Ernst Kistler und Frank Mußmann mit ihrem Buch „Arbeitsgestaltung als Zukunftsaufgabe“ weiter vorantreiben. In 15 Beiträgen erläutern verschiedene ExpertInnen aus Gewerkschaften und Wissenschaft neue Methoden zur Evaluierung und Möglichkeiten, Arbeitsqualität zu messen und positiv zu beeinflussen. Im Fokus stehen dabei der DGB-Index Gute Arbeit und andere Monitoring-Strategien aus dem europäischen Ausland. *Ernst Kistler, Frank Mußmann (Hrsg.): Arbeitsgestaltung als Zukunftsaufgabe – Die Qualität der Arbeit, VSA-Verlag, 304 Seiten, 19,80 Euro.* •

Arbeit und Leben

## Magazin zum Jubiläum

Nicht nur für den DGB ist 2009 das 60. Jubiläumjahr. Auch Arbeit und Leben Nordrhein-Westfalen, die Kooperation von DGB und Volks-



„Von Arbeitswelt und Lebenslust“ ist der Titel des Magazins zum 60-jährigen Bestehen von Arbeit und Leben in NRW.

hochschulen im bevölkerungsreichsten Bundesland, feiert runden Geburtstag. Anlässlich des 60-jährigen Bestehens präsentiert Arbeit und Leben NRW in einem Magazin Historisches, Zukunftsweisendes, einen Überblick über die aktuelle Bildungsarbeit sowie Gastbeiträge von GratulantInnen – unter anderem von NRW-Bildungsministerin Barbara Sommer (CDU), dem DGB-Bezirksvorsitzenden Guntram Schneider und internationalen Bildungs- und GewerkschaftskollegInnen. Das Magazin ist kostenlos bei Arbeit und Leben erhältlich. •

Bestellungen an: [debueser@aunrw.de](mailto:debueser@aunrw.de)

## interregio

••• Der Ausschuss für Umweltfragen beim **DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt** hat das **Positionspapier** „Acht Eckpunkte für eine soziale und ökologische Industrie- und Dienstleistungspolitik in Niedersachsen“ herausgegeben. Angesichts von Klimawandel und stagnierender Binnennachfrage wird ein Umdenken in der Wirtschaft gefordert: Umweltfreundliche Energie- und Wirtschaftsförderung und Gute Arbeit seien die Schlüssel zu einer zukunftsfähigen (Wirtschafts-)Politik.

[www.niedersachsen.dgb.de](http://www.niedersachsen.dgb.de)

••• In der vom **DGB Hessen-Thüringen** vorgestellten **Studie**

„Auswirkungen der Schuldenbremse auf die hessischen Landesfinanzen“ hat das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) untersucht, welche haushaltspolitischen Folgen der Übergang zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt bis zum Jahr 2020 – wie durch die Schuldenbremse gefordert – für das Land Hessen hätte. Die ForscherInnen prognostizieren dramatische haushaltspolitische Probleme. ver.di und GEW Hessen warnen nun vor einem rigorosen Sparkurs, der zu Einschnitten an Schulen und in den Kommunen führen werde.

[www.hessen.dgb.de](http://www.hessen.dgb.de)

# GEWERKSCHAFTEN

DGB-Organisationswahlen

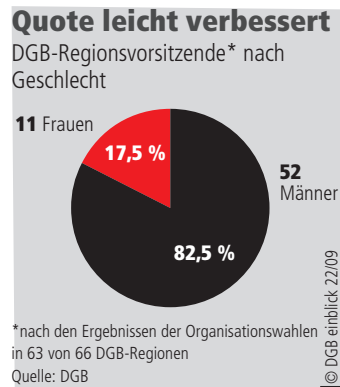
## Wechsel in fünf Bezirken

In fünf der neun DGB-Bezirke wird es einen Wechsel an der Spitze geben, weil die bisherigen Bezirksvorsitzenden nicht mehr zur Wahl antreten. Ab Januar 2010 werden die neuen Vorsitzenden und ihre StellvertreterInnen auf Bezirkskonferenzen gewählt.

Satzungsgemäß werden im Vorfeld des DGB-Bundeskongresses, der im Mai kommenden Jahres stattfindet, zunächst die Organisationswahlen in den Regionen durchgeführt, dann in den Bezirken. In den teilweise neu zugeschnittenen Regionen (einblick 13/2009) sind die Wahlen der Vorsitzenden bereits abgeschlossen. Der neue Zuschnitt der DGB-Regionen war Ergebnis eines längerfristigen Diskussionsprozesses auf Ebene der DGB-Bezirke. Die Diskussionsergebnisse und Entscheidungen der Bezirksvorstände sind beim Neuzuschnitt weitgehend vom DGB-Bundesvor-

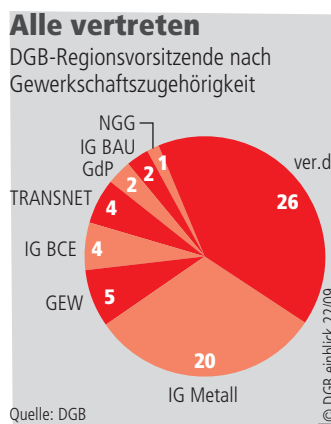
stand übernommen worden. Heute verteilen sich 66 Regionen (bisher 88) auf die neun DGB-Bezirke.

Ziel der neuen Regionsstruktur ist es, größere – und damit handlungsfähigere – Arbeitsteams zu etablieren. Gleichzeitig sieht ein



**Laut DGB-Personalbericht 2008 betrug die Frauenquote unter den Regionsvorsitzenden 14,3 Prozent – unter den jetzt Neu- und Wiedergewählten 17,2 Prozent. Die absolute Zahl weiblicher Regionsvorsitzender ging von 12 auf 11 zurück.**

Satzungsentwurf vor, erstmalig in allen Landkreisen und kreisfreien Städten ehrenamtliche Arbeitsstrukturen einzurichten. Die „Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit auf kommunaler Ebene“ sei „eins der wichtigsten Ziele der Satzungsreform“, betont der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. •



**Rund 70 Prozent der DGB-Regionsvorsitzenden sind Mitglied von ver.di oder IG Metall.**

## Wahlinfos

In den Regionen sind inzwischen in 63 der 66 neu zugeschnittenen DGB-Regionen Vorsitzende gewählt. Im Durchschnitt sind die Regionsvorsitzenden 51 Jahre alt und seit 15 Jahren hauptamtlich beim DGB.

In den Bezirken starten die Wahlen der Bezirksvorsitzenden, ihrer StellvertreterInnen sowie der Landesvorsitzenden am 16. Januar 2010 mit der Landeskongress in Rheinland-Pfalz. Derzeit gibt es keine weibliche Bezirksvorsitzende – nominiert sind nun zwei: Doro Zinke (Berlin-Brandenburg) und Iris Kloppich (Sachsen).

Der einblick gratuliert allen Gewählten und wünscht den KandidatInnen viel Erfolg.

Mehr Infos zu den Wahlen: [www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

In **BADEN-WÜRTTEMBERG** haben der DGB-Bezirks- und der DGB-Bundesvorstand **Nikolaus Landgraf** für den Bezirksvorsitz nominiert. Landgraf ist seit August 2007 Regionalleiter der IG BAU im Bundesland. Der bisherige Vorsitzende Rainer Bliesener tritt nach drei Amtsperioden nicht mehr an. Als stellvertretende Landesvorsitzende wird erneut **Marion von Wartenberg** antreten. +++ In **BAYERN** haben zwei Kandidaten angekündigt, für den Bezirksvorsitz, und damit für die Nachfolge des ausscheidenden Fritz Schösser, zu kandidieren: **Matthias Jena**, Pressesprecher der IG Metall Bayern, sowie **Dominik Schirmer**, Leiter des ver.di-Fachbereichs „Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen“ in Bayern. Als Bezirksvize tritt **Christiane Berger**, Geschäftsführerin der Technologie- und Innovationsberatungsgesellschaft in Bayern e.V. (TIBAY beim DGB Bayern), an. +++ Im Bezirk **BERLIN-BRANDENBURG** haben DGB-Bezirks- und DGB-Bundesvorstand die bisherige stellvertretende Vorsitzende **Doro Zinke** als neue Bezirksvorsitzende nominiert. Nominiert als stellvertretender Vorsitzender ist **Christian Hoßbach**, Leiter des Berliner Büros des IG Metall-Vorstands. Der bisherige Bezirksvorsitzende Dieter Scholz tritt nicht mehr an. +++ Im Bezirk **HESSEN-THÜRINGEN** tritt erneut der bisherige Bezirks- und hessische Landesvorsitzende **Stefan Körzell** an. Als stellvertretende Bezirksvorsitzende ist **Renate Licht** nominiert, die im November 2009 zur neuen DGB-Regions- und DGB-Landesvorsitzenden von Thüringen gewählt worden war (40 zu 36 Stimmen auf der DGB-Landeskonferenz gegen den bisherigen thüringischen Lan-

desvorsitzenden und Bezirksvize Steffen Lemme). +++ Im **BEZIRK NIEDERSACHSEN – BREMEN – SACHSEN-ANHALT** treten die beiden Amtsinhaber erneut an: **Hartmut Tölle** als Bezirksvorsitzender (und Landesvorsitzender Niedersachsen) sowie **Udo Gebhardt** als sachsen-anhaltinischer Landesvorsitzender und Vize des Bezirks. +++ Im DGB-Bezirk **NORD** (Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern) haben der Bezirks- und der Bundesvorstand **Uwe Polkaehn**, Vorsitzender der DGB-Region Schleswig-Holstein-Südost in Lübeck, als Nachfolger für den aus Altersgründen ausscheidenden Bezirksvorsitzenden Peter Deutschland nominiert. Als Bezirksvize tritt erneut Amtsinhaber **Ingo Schlüter** an. +++ In **NRW** tritt der Bezirksvorsitzende **Guntram Schneider** zur Wiederwahl an. Statt der bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Birgitt Beier wird **Dr. Sabine Graf** als Vize kandidieren, die bisher Geschäftsführerin der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag ist. +++ Im Bezirk **SACHSEN** haben Bezirksvorstand sowie DGB-Bundesvorstand die bisherige Bezirksvize **Iris Kloppich** als neue Vorsitzende vorgeschlagen und **Markus Schlimbach**, Pressesprecher und Arbeitsmarktexperte des Bezirks, als stellvertretenden Vorsitzenden nominiert. Der bisherige Vorsitzende Hanjo Lucassen tritt nicht mehr an. +++ Im Bezirk **WEST** (Rheinland-Pfalz und Saarland) treten beide Amtsinhaber erneut an: **Dietmar Muscheid** als Vorsitzender (und Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz), sowie **Eugen Roth** als Vize (und Landesvorsitzender für das Saarland).

## kurz & bündig



**Die IG BCE setzt die Spendenaktion für ihr Aids-Projekt in Afrika bis zum Jahresende fort. Das Projekt wurde auf dem Frauentag der IG BCE 2008 gemeinsam mit der Internationalen Föderation der Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften (ICEM) ins Leben gerufen. 2009 wurde beispielsweise eine Aufklärungskampagne in Tansania finanziert.**  
[www.einblick.dgb.dellinks](http://www.einblick.dgb.dellinks)



**ver.di ist empört darüber, dass aufgrund eines Vetos der FDP die schwarz-gelbe Koalition eine Entscheidung über die Allgemeinverbindlicherklärung des Mindestlohns in der Abfallwirtschaft verschiebt. „Die Zeit, die sich die Koalition zur Meinungsbildung nimmt, werden ver.di und die Beschäftigten für Aktionen nutzen“, so Vorstandsmitglied Erhard Ott.**



**Die GdP begrüßt die Durchführung einer Studie zum Thema „Gewalt gegen die Polizei“. Das hatte die Innenministerkonferenz beschlossen. Gleichzeitig kritisiert die Gewerkschaft aber die Länder Sachsen und Hamburg, die sich nicht beteiligen wollen.**



**TRANSNET und GDBA kritisieren die Ergebnisse der Innenministerkonferenz zu mehr Sicherheit im Nahverkehr als unzureichend. Mehr Videoüberwachung suggeriere lediglich Sicherheit, tatsächlich eigne sie sich jedoch nicht zur Prävention. Viel mehr müsse mehr Begleitpersonal eingesetzt werden.**

## Betriebsratswahlen 2010

### Soziale Netzwerke nutzen

Vom 1. März bis zum 31. Mai 2010 finden die nächsten turnusgemäßen Betriebsratswahlen statt. Wie bereits bei den letzten Wahlen 2006 haben die DGB-Mitgliedsgewerkschaften gemeinsame Materialien für die Wahlen erstellt. Ihre Botschaft lautet: „Gute Arbeit kannst du wählen“. Studien belegen: In Betrieben mit Betriebsrat sind die Arbeitsbedingungen deutlich besser, ist die Zufriedenheit

der Beschäftigten größer, sind die Einkommen höher. Flankiert werden die Aktivitäten der Mitgliedsgewerkschaften in Branchen und Betrieben 2010 auch wieder durch eine DGB-Begleitkampagne. Die Kampagne soll Ende Februar 2010 starten. Neben den üblichen Kampagnen-Elementen nutzt der DGB auch soziale Online-Netzwerke wie Facebook oder Xing, um für die Betriebsratswahlen zu werben. •

## Soziale Marktwirtschaft

### IG BCE fordert Rat

Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis hat erneut von der Bundesregierung gefordert, einen auf Dauer angelegten „Rat für verantwortliches Handeln in der Sozialen Marktwirtschaft“ zu schaffen, der alle wichtigen Entscheidungsträger der Wirtschaft umfasst. Aufgabe des Rates solle sein, Vorschläge für eine nachhaltige Entwicklung Deutschlands zu erarbeiten und etwa Klimaschutz und eine nationale Strategie für die Industrie miteinander zu verbinden, so Vassiliadis. •

## Petition

### Quorum geschafft

Die vom Bündnis „Steuer gegen Armut“ beim Bundestag gestartete Petition zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer hat innerhalb von drei Wochen das notwendige Quorum von 50 000 UnterzeichnerInnen erreicht. Über 35 000 Menschen nutzten allein die kürzlich geschaffene Möglichkeit, die Petition direkt online auf der Bundestags-Homepage zu unterstützen. Jetzt wird sich der Petitionsausschuss des Bundestags in einer öffentlichen Anhörung

mit dem Thema befassen. „Das ist ein großartiger Erfolg unserer Kampagne und zeigt, welche breite Unterstützung eine Besteuerung spekulativer Finanzmarktgeschäfte in der Gesellschaft findet“, sagte Jörg Alt von der Jesuitenmission, Initiator des Bündnisses. Neben der öffentlichen Anhörung habe die Online-Petition dazu geführt, dass sich Menschen im ganzen Land mit den negativen Auswirkungen deregulierter Finanzmärkte auseinandergesetzt hätten.

„Es reichen keine Lippenbekennnisse mehr, die Bundesregierung muss handeln“, meint DGB-Vorstand Claus Matecki. Die Regierung müsse auf europäischer Ebene alle Initiativen unterstützen, die eine solche Steuer befördern. •  
[www.steuer-gegen-armut.org](http://www.steuer-gegen-armut.org)

## ver.di

### Contra Drückerkultur

Seit Oktober setzt sich ver.di mit der Initiative „Verkaufsdruck, nein Danke!“ für faire Vertriebsvorgaben und kundengerechte Beratung in deutschen Banken ein. Seit Be-



ginn der Finanzmarktkrise werde viel über Verbesserungen der bankinternen Strukturen geredet, so die Dienstleistungsgewerkschaft – „allein im Vertrieb gegenüber den Kunden ändert sich wenig.“ Es gebe in vielen Banken „eine Kultur, die an Drückerkolonnen erinnert“, so ver.di-Vorstand Uwe Foullong. Das setze auch die Beschäftigten der Branche enorm unter Druck.

Jetzt hat ver.di Ergebnisse von „Abstimmungen“ unter Bankbeschäftigten veröffentlicht, die sich für weniger Verkaufsdruck bei Finanzprodukten aussprechen und die ver.di-Forderungen unterstützen. •  
<http://fidi.verdi.de/verkaufsdruckneindanke>

## DGB-Debattenmagazin

### Gewerkschaftliche Monatshefte 2.0

Unter [www.gegenblende.de](http://www.gegenblende.de) startet der DGB Mitte Dezember sein neues Online-Debattenmagazin *Gegenblende*. Mit Beiträgen von WissenschaftlerInnen, Interviews und Rezensionen will das Online-Magazin den wissenschaftlichen Diskurs über gewerkschaftliche Themen befördern. Auf jeden Artikel antworten GewerkschafterInnen und machen ihre Stand-

punkte deutlich. Die interaktive Kommentarfunktion bietet allen Interessierten die Gelegenheit, an den Diskussionen teilzunehmen. Alle zwei Monate werden die Beiträge in einem pdf-Magazin zum Download zusammengefasst. *Gegenblende* knüpft dabei in einem zeitgemäßen Gewand an die Tradition der 2004 eingestellten *Gewerkschaftlichen Monatshefte* an. •

Baustelle Entgeltgleichheit

## „Wenn der Chef gute Laune hat“

Noch nie war das Problembewusstsein über die ungerechte Bezahlung von Frauen so groß wie heute. Dies zeigt nicht nur eine im Auftrag des Bundesfamilienministeriums durchgeführte Befragung, davon zeugt auch das breite Bündnis, das sich zum nächsten Equal Pay Day am 26. März 2010 formiert. Verbände, Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeber und die Frauenministerin – alle weisen auf die niedrigen Verdienste insbesondere in so genannten „Frauenberufen“ hin. Doch was wird dagegen getan? Eine Bestandsaufnahme von Dr. Karin Tondorf.

In der Koalitionsvereinbarung hält die neue Regierung fest: „Wir wollen das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Frauen und Männern umsetzen und damit die Entgeltgleichheit überwinden. Wir werden in der Wirtschaft dafür werben, das beratungsunterstützte Lohnverfahren Logib-D einzusetzen.“ Sehen wir einmal genauer hin. **Das anvisierte Ziel „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ stellt eine verkürzte Sichtweise der Entgelt-diskriminierung von Frauen dar**, denn es geht insbesondere auch um gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit. Bei dieser erweiterten Zielsetzung wäre die Bewertung von inhaltlich verschiedenen Tätigkeiten von Frauen und Männern daraufhin zu prüfen, ob sie hinsichtlich ihrer Anforderungen und Belastungen von gleichem Wert und daher gleich zu bezahlen sind (z.B. AltenpflegerIn und TechnikerIn). Die Bundesregierung setzt auf Freiwilligkeit. Wer möchte, kann Diskriminierungen beim Entgelt aufspüren und abschaffen. **Niemand würde auf die Idee kommen, AutofahrerInnen den TÜV als freiwilligen Selbsttest anzubieten.** Gerade diejenigen, die es nötig hätten und die Folgekosten scheuen, würden sich nicht daran beteiligen. Darum ist es mit der Freiwilligkeit auch bei der Entgeltdiskriminierung nicht getan. Allerdings muss diese mit dem richtigen Instrument geprüft werden.

Die Bundesregierung setzt auf das Instrument Logib-D. **Bei näherer Analyse erweist sich dieses ökonomisch-statistische Instrument als untauglich**, weil es nicht gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit prüft, sondern gleiche Humankapitalausstattung von Frauen und Männern. Entgeltgleichheit ist demnach gewährleistet, wenn gleiches Entgelt für gleiche Ausbildung, gleiches Dienstalter und gleiche potenzielle Erwerbserfahrung gezahlt wird. Diese Variablen, die bei Logib-D als objektiv lohnerklärende Faktoren gelten, stehen nicht nur im Widerspruch zu tariflichen Grundsätzen – bezahlt wird die ausübende Tätigkeit, nicht die Person, sondern auch zum Arbeitsrecht. Es wurde bei der Entwicklung von Logib-D übersehen, dass der Europäische Gerichtshof dessen vermeintlich objektive Faktoren als potenziell diskriminierend ein-



**Dr. Karin Tondorf, 57, ist freiberufliche Wissenschaftlerin und Beraterin. Ihre Arbeitsschwerpunkte: Modernisierung von Entgeltsystemen, Gleichstellung, Zielvereinbarungen. Zu diesen Themen hat sie zahlreiche Publikationen vorgelegt. [www.karin-tondorf.de](http://www.karin-tondorf.de)**

schätzt. Unternehmen wären mit Logib-D nicht vor Klagen geschützt und sind daher gut beraten, dieses Instrument genauer unter die Lupe zu nehmen.

**Nicht die Frauen selbst sind das Problem**, weil sie zu wenig in ihr Humankapital investiert haben oder zu wenig fordern, **sondern die (tariflichen) Regelungen und die betriebliche Entgeltpraxis.** Wenig hilfreich sind daher Empfehlungen nach dem Motto „Verhandeln Sie mit Ihrem Chef, wenn er gerade bei guter Laune ist...“. Auch die Behauptung der Arbeitgeberverbände, die tarifliche Arbeitsbewertung sei „personenunabhängig und damit auch geschlechtsneutral“ ist unzutreffend, denn **auch personenunabhängige Kriterien und Verfahren, die dem Anschein nach geschlechtsneutral erscheinen, können mittelbar diskriminieren.** Insoweit sind auch die Entgelttarifverträge einschließlich der Arbeitsbewertung durch die zuständigen Tarifparteien systematisch zu prüfen.

Transparenz über die tatsächliche Bezahlung von Frauen und Männern ist das A und O. **In Schweden, Finnland oder Frankreich gibt es Gesetze, die Maßnahmen zur Prüfung und Beseitigung von ungleichem Entgelt verbindlich regeln.** Eine Alternative zu Logib-D ist in der Entwicklung: Der „EG-Test“ (EG-rechtskonformer Entgeltgleichheitstest) wird bis zum Equal Pay Day 2010 vorliegen. Solange die Bundesregierung auf das Prinzip Freiwilligkeit setzt, sollten Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte und Gleichstellungsbeauftragte selbst die Initiative ergreifen und engagierte Arbeitgeber mit ins Boot holen. Eine gemeinsame Anstrengung lohnt – nicht nur für die betroffenen Frauen, auch für Interessenvertretungen und Arbeitgeber. ●

## Frauen bestimmt

*So lautet das Motto der 19. DGB-Bundesfrauenkonferenz (BFK) vom 14. bis 16. Januar 2010 in Berlin. Mehr als 200 Delegierte und Gäste ziehen eine gleichstellungs- und frauenpolitische Bilanz der letzten vier Jahre und formulieren ihre Anforderungen an die künftige Politik in verschiedenen Foren und in der Beratung der 56 Anträge.*

*Dabei geht es um Themen aus allen Politikbereichen – von einer neuen Initiative für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft und der Forderung nach einer Novellierung des Antidiskriminierungsgesetzes über eine Frauenquote in den Aufsichtsräten bis zu Nachbesserungen im Pflegezeitgesetz. Auf der Tagesordnung steht natürlich auch das Thema „Equal Pay“. Diskutiert werden soll unter anderem, ob das Instrument Logib-D geeignet ist, die Entgeltdiskriminierung zu beseitigen.*

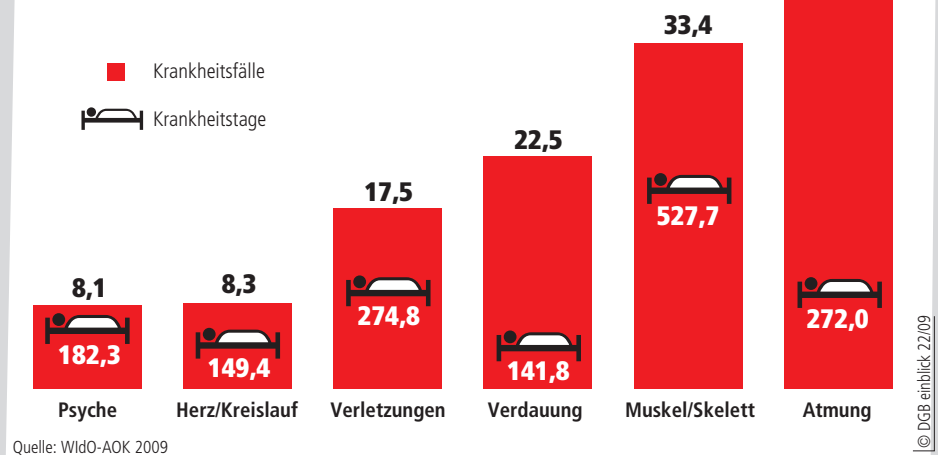
*Integriert in die BFK ist am 14. Januar die Fachkonferenz „Wer ernährt die Familie?“, zu der der DGB gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) einlädt. Die Tagung ist zugleich der Startschuss für das zweijährige Projekt „FamilienernährerInnen“ von DGB und BMFSFJ.*

[www.dgb-frauen.de](http://www.dgb-frauen.de)

### FEHLZEITEN: Psychische Erkrankungen langwierig

**Obwohl psychische Erkrankungen von ArbeitnehmerInnen seltener sind als alle anderen Krankheitsarten, verursachen sie mehr Fehlzeiten am Arbeitsplatz als Erkrankungen von Herz, Kreislauf oder Verdauung. Der Grund: Psychische Erkrankungen dauern am längsten – im Schnitt über 22 Tage pro Erkrankungsfall. Und sie haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Das zeigt der aktuelle „Fehlzeiten-Report“ des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO-AOK).**

Krankheitsfälle und Krankheitstage nach Krankheitsart in 2008 (pro 100 Krankenversicherte)



### 42 TAGE

mehr Infos: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

**14.12.** DGB, Arbeit und Leben und ver.di NRW, Fachveranstaltung „Gleichstellungsbeauftragte und Personalrat – Plädoyer für eine konfliktfähige Kooperation“, Düsseldorf

**17./18.12.** ver.di, 2. Netzwerkkonferenz, „Betriebs- und Personalräte aktiv für Chancengleichheit in Unternehmen, Betrieben und Verwaltungen“, Berlin

**18.12.** Internationaler Tag der MigrantInnen

**2010** Europäisches Jahr zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Armut

**1.1.** 40. Jahrestag des Inkrafttretens des Gesetzes über Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

**12.1.** Heinrich-Böll-Stiftung, Konferenz „EcoFair rules – Die neue Rolle des internationalen Agrarhandels im Spannungsfeld der Klima-, Ernährungs- und Finanzkrise“, Berlin

**13.1.** Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Vorstandsvergütung in Deutschland“, Köln

**14./15.1.** DGB-Bundesvorstand, Klausurtagung 2010, Neuhardenberg

**20.1.** Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Unternehmensstrategie in der Krise“, Düsseldorf

**25.1.** euro-betriebsrat.de, Fachtagung „Europäische Betriebsräte: Mitbestimmung à la française“, Hamburg

### personalien

••• **Peter Balnis**, 57, Schulsozialarbeiter, ist Ende November zum neuen Vorsitzenden des GEW-Landesverbandes Saarland gewählt worden. Er folgt **Klaus Kessler** (Bündnis 90/Die Grünen), 58, der seit dem 10.11. saarländischer Bildungsminister ist. Balnis war bisher im Geschäftsführenden Vorstand der GEW Saarland für den Bereich außerschulische Bildung zuständig.

••• **Joël Decaillon**, 60, als Vertreter des französischen Gewerkschaftsbunds CGT seit 1999 Mitglied im EGB-Exekutivausschuss und seit 2003 politischer EGB-Sekretär in Brüssel, ist zum stellvertretenden EGB-Generalsekretär gewählt worden. Er folgt Maria **Helena André**, 49, die im Oktober zur portugiesischen Arbeits- und Sozialministerin ernannt worden ist.

••• **Dr. Gloria Müller**, 62, Referentin für interregionale Gewerkschaftsarbeit beim DGB NRW, ist ab dem 1.1.2010 neue Leiterin der DGB-Verbindungsstelle in Brüssel. Müller arbeitete bereits von 1997 bis 2005 in dieser Funktion.

••• **Hans-Joachim Schabedoth**, 57, Bereichsleiter Gesellschaftspolitik und Grundsatzfragen beim DGB-Bundesvorstand, wechselt zum 1.1.2010 in den Funktionsbereich Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen/Strategische Planung beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt/Main. Leiter des neu gebildeten Bereichs Gesellschaftspolitik, Strategie und Planung des DGB ist ab 1.1.2010 **Konrad Klingenburg**, 44, bisher Leiter der Parlamentarischen Verbindungsstelle beim DGB-Bundesvorstand.

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlfeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de), E-Mail: [redaktion@einblick.info](mailto:redaktion@einblick.info) **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: [bettina.muetzel@berlin.de](mailto:bettina.muetzel@berlin.de) **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor. **Der nächste einblick erscheint am 25. Januar 2010**

### Schlusspunkt.

„Die FDP hat Schwierigkeiten mit der Empirie.“

Claus Schäfer, Leiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI), zum von der FDP propagierten Mantra, dass Steuersenkungen automatisch Wachstum schaffen.

**Gesetzliche Unfallversicherung I****Essen bei der Freundin unter Schutz**

Auch auf dem Weg zur Essensaufnahme, die der Erhaltung der Arbeitskraft dient, besteht grundsätzlich Unfallversicherungsschutz.

**Der Fall:** Der Arbeitnehmer war zum Unfallzeitpunkt als Steinmetzgehilfe bei einer Firma beschäftigt, auf deren Betriebsgelände sich auch seine Wohnung befand. Eine Betriebskantine existierte nicht. Während seiner 30-minütigen Mittagspause fuhr er mit seinem Motorrad zu seiner damaligen Freundin, um bei ihr zu Mittag zu essen, als er verunglückte und sich erheblich verletzte. Gegenüber der zuständigen Berufsgenossenschaft gab der Arbeitnehmer an, er sei trotz der knappen Zeit zu seiner Freundin gefahren, weil ihm die Zeit mit ihr wichtiger sei, als Zeit mit den Kollegen zu verbringen. Die Berufsgenossenschaft lehnte eine Anerkennung des Unfalls als Arbeitsunfall ab. Unter Berücksichtigung der langen Fahrtzeit verblieben nur wenige Minuten zur Esseneinnahme. Die Entfernung zur Wohnung der Freundin sei daher unverhältnismäßig weit gewesen. Auch habe im Vordergrund die Motivation gestanden, die Mittagspause mit der Freundin zu verbringen. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

**Das Landessozialgericht:** Es entspricht der Lebenswirklichkeit und verbreiteten Gepflogenheiten, das Mittagessen in selbst gewählter Gesellschaft einzunehmen. Der Weg zu der Freundin ist auch nicht so weit gewesen, dass das Mittagessen bereits aufgrund der Fahrtdauer als unwesentliche Mitursache qualifiziert werden könnte. Einem Arbeitnehmer kann grundsätzlich nicht vorgeschrieben werden, wie er seine zur freien Verfügung stehende Arbeitspause einteile. Eine zeitliche Obergrenze für den Weg zum Mittagessen, ab dem der Versicherungsschutz ausscheidet, existiert daher nicht. Entscheidend ist allein, ob möglicherweise ein anderer Grund für den Weg vorliegt, welcher den Zweck der Nahrungsaufnahme in den Hintergrund drängt, was hier aber nicht der Fall gewesen ist.

*Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,  
Urteil vom 10. August 2009 - L 2 U 105/09*

**Gesetzliche Unfallversicherung II****Jugendfreizeit ohne Schutz**

Bei Teilnahme an einer Jugendfreizeit der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft besteht kein Unfallversicherungsschutz.

**Der Fall:** Der damals 11jährige war Mitglied der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG). Pfingsten 2006 nahm er an einem von der DLRG organisierten Zeltlager für Kinder und Jugendliche von 8 bis 14 Jahren teil. Dabei erlitt er einen Unfall mit Verletzungen an Lippe und Gebiss, als ihm eine Mineralwasserflasche zugeworfen wurde, die er nicht auffangen konnte. Die Unfallkasse lehnte eine Anerkennung des Unfalls als Arbeitsunfall ab. Die hiergegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

**Das Landessozialgericht:** Zwar stehen Personen, die an Ausbildungsveranstaltungen in Unternehmen zur Hilfe bei Unglücksfällen wie der DLRG teilnehmen, unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Bei dem Zeltlager hat es sich jedoch nicht um eine Ausbildungsveranstaltung in diesem Sinne, sondern um eine Freizeitveranstaltung gehandelt, bei der Spiel- und Spaß wie Nachtwanderungen und Lagerfeuer im Vordergrund gestanden haben.

*Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,  
Urteil vom 25. Mai 2009 - L 2 U 25/08.*

**Krankenversicherung****Häusliche Pflege auch für Magensonde**

Ein Pflegebedürftiger (Stufe III) kann gegen die Krankenkasse einen Anspruch auf häusliche Krankenpflege zur Überprüfung, Reinigung und eventuellen Neulegung einer Magensonde haben (so genannte verrichtungsbezogene krankheitsspezifische Pflegemaßnahme).

*Landessozialgericht Baden-Württemberg,  
Beschluss vom 2. November 2009 - L 11*

**Bereitschaftsdienst im Krankenhaus****Freizeitausgleich nur bei Zustimmung**

Leisten Beschäftigte in einem Krankenhaus eines kommunalen Arbeitgebers Bereitschaftsdienst, steht ihnen nach dem einschlägigen Tarifvertrag Bereitschaftsdienstentgelt zu. Anstelle der Auszahlung dieses Entgelts kann der Bereitschaftsdienst bei Ärztinnen und Ärzten bis zum Ende des dritten Kalendermonats durch entsprechende Freizeit abgegolten werden. Bei anderen Beschäftigten ist die Abgeltung nach der tariflichen Regelung nur zulässig, wenn ein Freizeitausgleich zur Einhaltung der Vorschriften des Arbeitszeitgesetzes erforderlich oder in einer Betriebs- oder Dienstvereinbarung geregelt ist oder der Beschäftigte dem Freizeitausgleich zustimmt.

*Bundesarbeitsgericht,  
Urteil vom 19. November 2009 - 6 AZR 624/08*

**Betriebsübergang****Personal bildet Kern im Callcenter**

Bei einem Callcenter steht die Kundenbetreuung durch die Mitarbeiter im Mittelpunkt der betrieblichen Betätigung. Sächliche Betriebsmittel, wie die Telefonanlage, spielen neben der menschlichen Arbeitskraft nur eine untergeordnete Rolle für die wirtschaftliche Wertschöpfung. Übernimmt ein neu gegründetes Callcenter einen wesentlichen Teil der in einem Callcenter beschäftigten Mitarbeiter, so liegt in der Regel auch dann ein Betriebsübergang vor, wenn der neue Betreiber das Service-Angebot erweitert und deshalb eine Fortbildung der übernommenen Mitarbeiter nötig wird.

*Bundesarbeitsgericht,  
Urteil vom 25. Juni 2009 - 8 AZR 258/08*

**Betriebliche Altersversorgung****Anpassung obliegt dem Arbeitgeber**

Bei der Anpassung der Betriebsrenten nach dem Betriebsrentengesetz ist die wirtschaftliche Lage des versorgungspflichtigen Arbeitgebers entscheidend. Die Einbindung in einen Konzern ändert daran grundsätzlich nichts. Auf eine schlechte wirtschaftliche Lage der Konzernobergesellschaft oder des Gesamtkonzerns kann es nur dann ankommen, wenn am Anpassungstichtag ausreichend konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass in den nächsten drei Jahren die im Konzern bestehenden Schwierigkeiten mit hoher Wahrscheinlichkeit auf das Tochterunternehmen durchschlagen werden, und zwar in einem für die Betriebsrentenanpassung relevanten Umfang.

*Bundesarbeitsgericht,  
Urteil vom 10. Februar 2009 - 3 AZR 727/07*